

Geschichte der Grünen in der Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Geschichte der Grünen in der Schweiz	2
Entstehung und Gründung	2
Die Konsolidierung der Grünen Partei der Schweiz (GPS)	2
Wechselhafte Jahre zwischen 1991 und 1995	3
Die Entwicklung der Schweizer Grünen 1996 - 2003	4
2011-2014: Zwei Volksinitiativen und die erste grüne Nationalratspräsidentin	5
Chronik	5
Geschichte der Grünen im Parlament	10
Wahlen und Fraktionsbildung	10
Politische Arbeit	10
Kantonalparteien der Grünen	12

IMPRESSUM

Grüne Partei der Schweiz

Waisenhausplatz 21,

3011 Bern,

www.gruene.ch gruene@gruene.ch

Tel 031-312 66 60

Fax 031-312 66 62

PC 80-26747-3

AutorInnen:

Gabriela Bader, Christoph Bernet, Hanspeter Bigler, Vanessa Fornasier, Bernhard Pulver, Felix Wirz, Hubert Zurkinden

Aktualisierung Januar 2014

Geschichte der Grünen in der Schweiz

Entstehung und Gründung

Am Anfang der Geschichte der Grünen Partei der Schweiz steht eine Autobahn. Die Neuenburger Gemeindebehörden hatten Ende der 60er Jahre beschlossen, dass die N5 dem Seeufer entlang durch das Stadtgebiet verlaufen sollte. Alle Parteien von links bis rechts unterstützten das Projekt, doch eine BürgerInnengruppe lancierte eine Petition gegen den geplanten Autobahnbau und sammelte in drei Monaten 5000 Unterschriften. Da aber die politischen Institutionen der Stadt am Projekt festhielten und keine Möglichkeit zu einem Referendum bestand, gelangten die AutobahngegnerInnen zu der Überzeugung, dass sie nur über eine Vertretung in den Gemeindebehörden zum Erfolg gelangen konnten. So wurde im Dezember 1971 der *Mouvement populaire pour l'environnement (MPE)* gegründet, welcher aus Freisinnigen, Liberalen und SozialdemokratInnen bestand, die aus Unzufriedenheit über das Autobahnprojekt aus ihren Parteien ausgetreten waren. Im Mai 1972 beteiligte sich der MPE mit einer 16köpfigen Liste an den Gemeindewahlen. Der MPE gewann auf Anhieb acht von 41 Sitzen im Gemeindeparlament und wurde hinter den SozialdemokratInnen und Freisinnigen drittstärkste Partei in der Stadt Neuenburg.

Der Wahlerfolg der Neuenburger erregte in der ganzen Westschweiz grosses Aufsehen. Bereits für die Gemeindewahlen vom November 1973 präsentierte sich in der Waadt eine ähnliche Organisation. Der *Mouvement populaire pour l'environnement vaudois (MPE)* eroberte in Lausanne 5.6% der Stimmen und fünf Sitze im Gemeindeparlament. In den Vorortgemeinden kamen weitere 15 Sitze hinzu. Die Nachfolgeorganisation des MPE, der *Groupement pour la protection de l'environnement (GPE)*, hielt 1977 Einzug in die Lausanner Stadtexekutive. Doch viel mehr Furore machten die Waadtländer Grünen zwei Jahre später, als sie bei den Nationalratswahlen 6.4% erreichten und mit Daniel Brélaz den ersten grünen Abgeordneten nach Bern schicken konnten.

Auch in der Deutschschweiz wurden in vielen Kantonen ab Ende der 70er Jahre grüne Parteien und Gruppierungen gegründet. Am

erfolgreichsten waren dabei die *Grüne Partei Kanton Zürich* und die *Freie Liste Bern*, welche schon 1983 ein Nationalratsmandat eroberten. Die Freie Liste Bern schaffte 1986 sogar den Einzug zweier KandidatInnen in den Berner Regierungsrat.

Anfang der 80er Jahre existierten bereits in den meisten Kantonen grüne Parteien, doch fehlte eine nationale Dachorganisation. Ende 1982 wagten Vertreter der *Demokratischen Alternative Bern (DA)* im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1983 den Versuch, eine Vielzahl von grünen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen in einer nationalen Koordination zu einigen. Sie luden alle interessierten Kreise zu einer Diskussion über die Idee einer nationalen Allianz nach Bern ein. Die Verhandlungen begannen am 15. Januar 1983 und brachten vorübergehend ein vielfältiges Spektrum von ökologischen Gruppierungen an einen Tisch.

Die Beratungen scheiterten aber am 7. Mai an Differenzen zwischen gemässigten und links-alternativen Gruppen. Diese Differenzen zeigten sich insbesondere in der Armeefrage. Die VertreterInnen der gemässigten Grünen Parteien von Genf und Zürich sowie der GPE Waadt und der MPE Neuenburg verliessen die Verhandlungen und gründeten zusammen mit der Grünen Partei Nordwestschweiz am 28. Mai 1983 in Freiburg die *Föderation der grünen Parteien der Schweiz (GPS)*. Zwei Wochen später gründeten auch die links-alternativen Grünen ihre Föderation unter dem Namen *Grüne Alternative Schweiz (GRAS)*.

Die grüne Föderation erreichte bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 1983 1.7% der Stimmen und drei Sitze. Später kam nach dem Beitritt der Freien Liste Bern ein vierter hinzu. Die Grüne Alternative hingegen ging bei den Wahlen mit 0.8% leer aus. Im Jahr 1985 wählte die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz als erste Gesamtschweizer Partei eine Frau zu ihrer Präsidentin.

Die Konsolidierung der Grünen Partei der Schweiz (GPS)

In der Folge erlebte die «Föderation der grünen Parteien der Schweiz» einerseits Erweiterungen um neue Mitgliedgruppen und andererseits eine organisatorische

Verfestigung. So kamen bis zu den Wahlen 1987 zu den fünf Gründungssektionen weitere vier kantonale Parteien hinzu: drei neugegründete (*Grüne Partei Thurgau*, *Freie Liste Bern* und *Movimento ecologista ticinese*) sowie die *Demokratische Alternative Bern*, die von der Grünen Alternative zur Föderation übertrat. Ihre organisatorische Konsolidierung zeigte die Föderation 1986 durch die Änderung des Namens in *Grüne Partei der Schweiz (GPS)* an. Die Wahlen 1987 standen im Zeichen der Erweiterung der Partei und im Kontext zweier Katastrophen von 1986: Tschernobyl und Schweizerhalle. Im Dezember nahm das Schweizer Volk dann auch – damals eine politische Sensation – die Rothenthurm-Initiative zum Schutz der Moore an. Die National- und Ständeratswahlen brachten im gleichen Herbst beiden grünen Gruppierungen einen massiven Stimmenzuwachs: die GPS erreichte mit 5.1% neun Sitze im Nationalrat (davon drei Frauen), das *Grüne Bündnis Schweiz (GBS)*, wie sich die Grün-Alternativen nun nannten, erhielt je einen Sitz im Aargau und Baselland. Der Aargauer Nationalrat trat der Fraktion der Grünen Partei der Schweiz bei.

Nach 1987 nahm die Entwicklung beider grüner Organisationen einen unterschiedlichen Verlauf. Die *Föderation der grünen Parteien (GPS)* führte mit der gewonnenen Fraktionsstärke im Nationalrat den inhaltlichen und organisatorischen Aufbau der Partei durch. Es wurden in den folgenden Jahren zu zahlreichen politischen Fragen inhaltliche Positionen erarbeitet, die oft unabhängig von traditionell „linken“ und „rechten“ Positionen standen: so etwa zur Geschlechterfrage, zur Energie- oder der Verkehrspolitik, wo die Föderation schon zu dieser Zeit die Frage aufwarf, ob ungebremster Wachstum auch beim öV aus ökologischer Sicht begrüssenswert sei. In der Drogen- und Sozialpolitik setzte sich die Partei etwa für eine liberale Drogenpolitik und ein garantiertes Grundeinkommen ein. Aber auch zur Wirtschaftspolitik oder zur Inneren Sicherheit wurde Position bezogen. In den Diskussionen rund um diese Themen wurden parteiintern nicht nur intensive Debatten über eigenständige Ansätze in den verschiedenen Politikbereichen geführt, sondern ebenso über das Verhältnis zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum und über die Grenzen der vorherrschenden Wachstumspolitik. Dies führte auch zu einer kritischen Grundhaltung zur EG- und

Alpentransversalen bei einer Mehrheit der Partei. Zentrales Element der inhaltlichen Positionierung war des Weiteren das Konzept einer ökologischen Steuerreform, welches die staatlichen Abgaben der Erwerbsarbeit zu Abgaben auf nicht erneuerbaren Energien umgestalten will.

Das *Grüne Bündnis Schweiz* entschied sich für eine Sammelbewegung der grünen Parteien mit den Resten der progressiven und sozialistischen Organisationen in der Schweiz. Intern war aber diese Entscheidung umstritten. Ein Teil des GBS strebte eine engere Zusammenarbeit mit der GPS an. Eine Schlüsselrolle nahmen diejenigen Kantonalparteien ein, welche bereits einen Nationalratssitz erobert hatten oder welche sich für die nächsten Wahlen grosse Chancen ausrechnen konnten. Diese Gruppe um die Grünen Aargau, die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern sowie später auch die Grünen Baselland wollte eine Annäherung, wenn möglich sogar eine Fusion mit der GPS. Dies vor allem, weil sie für eine gemeinsame grüne Fraktion im Nationalrat votierten und gegen eine Verbindung mit den *Progressiven Organisationen Schweiz (POCH)* oder der *Partei der Arbeit (PdA)*. Ihnen gegenüber stand eine Reihe von GBS-Mitgliedern, welche aus ideologischen Gründen Distanz zur GPS und Nähe zu linken Gruppierungen wahren wollten.

Ab Februar 1988 fanden Fusionsgespräche zwischen beiden grünen Organisationen statt. Sie scheiterten aber im Mai 1990. Bereits zuvor waren die Grünen Aargau vom Grünen Bündnis zur Grünen Partei übergetreten und hatten damit ein Signal gesetzt. Nun traten in rascher Folge die Grünen Baselland sowie die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern zur GPS über. Damit stand das Grüne Bündnis Schweiz vor der Auflösung. Einige Sektionen konnten zumindest kantonale Bedeutung behalten.

Wechselhafte Jahre zwischen 1991 und 1995

Bei den Nationalratswahlen 1991 vermochte die GPS ihren Stimmenanteil weiter zu steigern und erreichte mit 6.1% 14 Sitze. Als erste Fraktion im Bundesparlament stellte sie eine Frauenmehrheit. Im Gegensatz dazu brach das grünalternative Spektrum ein und erreichte mit 1.5% nur noch einen Sitz (*FraP! Zürich*). Zu diesen Wahlen waren die grünalternativen Gruppen sowie die übrig gebliebenen POCH-Sektionen unter der

Bezeichnung *Die Andere Schweiz (DACH)* angetreten.

Im September 1993 änderte die Partei ihren Namen in *Grüne - Grüne Partei der Schweiz* und erhielt ein neues Erscheinungsbild. Die Namensänderung war Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins. Die Grüne Partei der Schweiz nutzte ihre Vormachtstellung im ökologischen Sektor zur weiteren Profilierung. Erstmals in ihrer Parteigeschichte wagten die Grünen 1991 die Lancierung eines eidgenössischen Referendums gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Hauptkritikpunkte waren die mangelnde Finanzierung, die Überkapazitäten sowie die nicht gesicherte Umlagerung des Schwerverkehrs. Zwar scheiterte das Referendum an der Urne, doch die Partei hatte ein deutliches Zeichen auf der nationalen Politbühne gesetzt, das die zweite NEAT-Vorlage stark beeinflusste.

Nicht nur durch ihre Kritik an der NEAT, sondern auch durch ihre Ablehnung der Beitritte zum Internationalen Währungsfonds (IWF), zur Weltbank und zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) exponierte sich die Partei im Jahr 1992 stark. Vor allem die Frage der europäischen Integration führte auch zu internen Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zwischen den Sprachregionen. Die Deutschschweizer Grünen standen dem EWR mehrheitlich ablehnend gegenüber, weil sie negative ökologische Konsequenzen und den Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte befürchteten. Die Mehrheit der Grünen in der Romandie wollte Probleme gemeinsam mit Europa angehen und akzeptierte den EWR trotz seiner Mängel als Zwischenschritt im Integrationsprozess. Die integrationsablehnende Haltung der GPS, welche in einer wachstumskritischen Haltung begründet lag, führte zu starken internen Spannungen. Die europapolitischen Wogen glätteten sich aber zusehends. In den Jahren 1994/1995 steuerte die Partei schliesslich mehrheitlich auf einen integrationsfreundlichen Kurs und unterstützt seither die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU).

In den Nationalratswahlen 1995 erlebte die Grüne Partei der Schweiz einen harten Rückschlag. Sie erreichte zwar 5.0% der Stimmen, doch aufgrund von Proporzpech verlor sie sechs ihrer bisherigen Sitze und behielt nur noch deren acht. Das grün-

alternative Lager hielt 1.5% und eroberte durch das Grüne Bündnis Bern einen Sitz.

Die Entwicklung der Schweizer Grünen 1996 - 2003

Mit der Einreichung der beiden eidgenössischen Volksinitiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» und «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» im Mai 1996 bewiesen die Grünen ihre Initiativfähigkeit. Die zwei Initiativen stellten das grüne Konzept für eine sozial-, wirtschafts- und energiepolitische Wende dar. Mit einer ökologischen Steuerreform und der Sicherung der Finanzierung der AHV auf der einen Seite, sowie einer Flexibilisierung des Rentenalters auf der anderen Seite, strebten die Grünen die Verwirklichung einer zukunftsfähigen Schweiz an. Zentral – und politisch neu – war dabei nicht nur die Verbindung sozialer mit ökologischen Anliegen, sondern auch das erstmals breit lancierte Konzept der ökologischen Steuerreform. Die Grünen bewiesen mit der Lancierung der Initiativen ihre Kraft auf der politischen Bühne und integrierten bisher noch nicht diskutierte inhaltliche Konzepte zur Integration sozialer Anliegen in die Grundkonzeptionen der Grünen. Der in den Jahren zuvor entstandene Wandel von einer reinen „Ökopartei“ zur einer Partei mit breiten inhaltlichen Lösungsvorschlägen – letztlich das Konzept nachhaltiger Entwicklung – wurde mit diesen Initiativen klar besiegelt.

Die zwei grünen Initiativen kamen 2000 und 2001 zur Abstimmung. Die Initiative „Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer“ wurde von 46 Prozent der Stimmenden unterstützt, in den lateinischen Kantonen fand sich dafür sogar eine Mehrheit. Etwas weniger erfolgreich schnitt die Initiative „Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!“ ab (77,1% Nein).

1999, also noch bevor die beiden Initiativen vors Volk kamen, fanden nationale Wahlen statt. Die Grünen erreichten 5% der Wählerstimmen und konnten ihre neun Sitze halten. Mit Hugo Fasel, Mitglied der Christlich-Sozialen Partei, kam die Fraktion auf 10 Mitglieder. Keine Sitzgewinne also für die Grünen, aber eine Konsolidierung der grünen Kräfte auf nationaler Ebene.

Im Laufe der darauf folgenden Jahre haben die Grünen ihre Position auf der kantonalen und

kommunalen Ebene stark ausbauen können. Besonders gut gelang dies in der Romandie, wo VertreterInnen der Grünen viele Sitze in kommunalen und kantonalen Parlamenten und Exekutiven erhalten haben. Insgesamt konnte der Trend, welcher seit den später Achtziger in vielen grossen Städten zu rot-grünen Mehrheiten in den Regierungen und oft auch Parlamenten geführt hatte, konsolidiert und gestärkt werden und mancherorts auf kantonalen Ebene fortgeführt werden. Die rot-grünen Regierungen erwiesen sich dabei in der Regel nicht als kurze „Strohfeuer“, sondern als langfristig fundierte Mehrheiten. Entscheidend dabei war, dass sich die Grünen – zusammen mit der SP – in den Augen der Wählerinnen und Wähler offensichtlich als regierungsfähig erwiesen. Die einstige Oppositionspartei, aus einem Protest gegen völlig verfehlte Projekte im Umweltbereich entstanden, zeigte, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter es verstanden, in Parlamentsmehrheiten und Regierungen Lösungen zu erarbeiten und zu vermitteln, die das Land und ihre Bürgerinnen und Bürger weiterbringen.

Seit 1998 sind die Grünen ausserdem am Bundesgericht vertreten.

2003-2011: Die Grünen auf Erfolgskurs

In verschiedenen Kantonen begannen sich just im Wahljahr junge Grüne zu formieren, die sich im Herbst 2003 auch national vernetzten und in einzelnen Kantonen mit eigenen Listen für die Nationalratswahlen kandidierten.

Bei den nationalen Wahlen im Herbst 2003 bestätigten die Grünen Ihre Position als stärkste Nichtregierungspartei. Mit 7,4% Stimmenprozent und 13 Sitzen gehörten die Grünen zu den Gewinnerinnen dieser Wahlen. Die 1999 verlorenen Sitze in den Kantonen Aargau und Zürich konnten zurück gewonnen werden, in den Kantonen Waadt und Zürich kam je einen Sitz dazu.

In kantonalen Wahlen legten die Grünen seit 2003 kontinuierlich zu. Sie konnten ihre Sitzzahl in den kantonalen Parlament zwischen 2003 und 2011 von 131 auf 201 steigern¹.

Auch bei den Exekutivwahlen standen die Grünen auf der Gewinnerseite: In den

Kantonen Aargau (Susanne Hochuli), Baselland (Isaac Reber), Basel-Stadt (Guy Morin), Bern (Bernhard Pulver), Freiburg (Marie Garnier) Waadt (Béatrice Métraux), Zug (Manuela Weichelt-Picard) und in Zürich (Martin Graf) konnten sie je ein Mandat erobern, in Genf sogar deren zwei (David Hiler und Michèle Künzler). Zwischenzeitlich stellten die Grünen in neun Kantonen elf Exekutivmitglieder.

Der Erfolgskurs der Grünen wurde bei den eidgenössischen Wahlen 2007 auf nationaler Ebene gefestigt. Mit 9.6% der Stimmen (KandidatInnenliste nur in 17 Kantonen) eroberten sie 20 Sitze (+7) im Nationalrat und gewinnen erstmals 2 Sitze im Ständerat.

2011-2014: Zwei Volksinitiativen und die erste grüne Nationalratspräsidentin

Wie schon bei den nationalen Wahlen von 1995 hatten die Grünen Proporzpech bei den Wahlen 2011. Im Vergleich zur Zahl der verlorenen Sitze (5) ist der prozentuale Verlust (1.2%) der Grünen auf nationaler Ebene relativ gering. Leider wirkte sich das Ergebnis aber überproportional auf die Sitzzahl aus. Es gibt allerdings auch Positives zu verzeichnen. An Wähleranteil zugelegt hat die Grüne Partei in den Kantonen Tessin, Neuenburg, Basel-Stadt, Wallis, Graubünden und Jura. Die Sitzzahl in den kantonalen Parlamenten konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden. Im März 2013 hatten die Grünen in 22 kantonalen Parlamenten 192 Sitze²: Auch in den kantonalen Exekutiven sind die Grünen mit zehn Regierungsmitgliedern in neun Kantonen weiterhin stark präsent.

Das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen der beiden Volksinitiativen, welche die Grünen Mitte 2011 lanciert und danach massgeblich betreut hatten.

Am 6. September 2012 wurde die Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ eingereicht. Zentrale Forderungen waren die Förderung „geschlossener Stoffkreisläufe“ sowie die Reduzierung des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz auf umgerechnet eine Erde bis spätestens 2050. Am 16. November 2012 folgte die Einreichung der Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“, welche unter dem

¹ BFS, Mandatsverteilung, http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/bla nk/key/kantonale_parlamente/mandatsverteilung.html

² BFS, Mandatsverteilung, http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/bla nk/key/kantonale_parlamente/mandatsverteilung.html

Eindruck der Fukushima-Katastrophe auch von zahlreichen anderen Parteien und Organisationen unterstützt worden war. Neben dem verfassungsrechtlichen Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke, verlangte die Initiative feste Laufzeiten von maximal 45

Jahren ab Inbetriebnahme für die bestehenden AKWs.

Im Jahr 2013 bildete die Amtszeit Maya Grafs als erste grüne Nationalratspräsidentin zweifelsohne ein glanzvoller Höhepunkt.

Chronik

Dezember 1971: In Neuenburg wird zur Verhinderung eines Autobahnprojektes die erste regionale grüne Partei der Schweiz gegründet.

Mai 1972: Die Neuenburger Grünen gewinnen bei den Wahlen in das Gemeindeparlament von Neuenburg acht Sitze. Erstmals nehmen Schweizer Grüne Einsitz in einem Parlament.

November 1977: Jean-Claude Rochat wird in den Conseil municipal von Lausanne gewählt. Es ist der erste grüne Sitz in einer Gemeinderregierung.

Oktober 1979: Mit Daniel Brélaz wird der erste Grüne in den Nationalrat gewählt. Er ist auch weltweit der erste Grüne in einem nationalen Parlament.

28. Mai 1983: Verschiedene grüne Gruppierungen aus der ganzen Schweiz schliessen sich in Freiburg zur *Föderation der Grünen Parteien der Schweiz* zusammen.

Juni 1983: Die links-alternativen Grünen gründen in Bern die *Grüne Alternative Schweiz*.

Oktober 1983: Die Grünen erzielen bei den Nationalratswahlen vier Sitze, einen weniger als für die Bildung einer Fraktion notwendig wäre.

April 1986: Mit der Wahl von Leni Robert und Benjamin Hofstetter in den Regierungsrat des Kantons Bern sind die Grünen erstmals in einer kantonalen Regierung vertreten.

Oktober 1987: Die Grünen steigern in den Nationalratswahlen ihren Sitzanteil auf 11 Sitze und werden damit fünftgrösste Partei und grösste Nichtregierungspartei. Sie bilden erstmals eine Grüne Fraktion im Nationalrat.

25. Oktober 1987: Die *Grüne Partei der Schweiz* wird Mitglied der Europäischen Grünen.

Juni 1989: Werner Schaffitz wird in Rickenbach ZH als erster grüner Gemeindepräsident der Schweiz gewählt.

Mai 1990: Die Fusionsgespräche zwischen den beiden nationalen grünen Organisationen

scheitern. Die Grüne Partei der Schweiz bleibt nach den Beitritten von Sektionen der alternativen Grünen faktisch die einzige nationale grüne Partei in der Schweiz.

September 1991: Die Grünen ergreifen erstmals ein Referendum. Die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) werden bekämpft, weil die Umlagerung auf die Schiene nicht garantiert wird, die Finanzierung nicht gesichert ist und das Projekt überdimensioniert ist.

Oktober 1991: Die Grünen ziehen neu mit 14 Vertreterinnen und Vertretern in den Nationalrat ein.

Dezember 1993: Cécile Bühlmann wird zur Fraktionspräsidentin gewählt. Sie steht bis 2005 der Grünen Fraktion im Bundeshaus vor.

November 1994: Die Grünen lancieren erstmals eidgenössische Volksinitiativen. Mit der Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» soll eine ökologische Steuerreform durchgeführt werden. Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» wird auf die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision reagiert.

Oktober 1995: In den Nationalratswahlen verlieren die Grünen 5 ihrer bisher 14 Sitze. Durch den Eintritt weiterer Ratsmitglieder erhöht sich die Grösse der Fraktion auf 10, später auf 11 Mitglieder.

Mai 1996: Die Initiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» sowie «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» werden mit je rund 120'000 Unterschriften eingereicht.

Juni 1997: Der Grüne Thomas Merkli wird in einer Kampfwahl als Ersatzrichter ans Bundesgericht gewählt. Die Grünen halten damit erstmals Einsitz im Bundesgericht.

Januar 1998: Philippe Biéler, Regierungsrat in Kanton Waadt, übernimmt als erster Grüner das Präsidium einer Kantonsregierung.

März 1998: In Illnau-Effretikon (ZH) wird mit Martin Graf der erste grüne Stadtpräsident der Deutschschweiz gewählt.

Dezember 1998: Thomas Merkli wird als erster Grüner zum hauptamtlichen Bundesrichter ernannt.

Mai 1999: Verena Diener ist die erste grüne Frau, die zur Regierungspräsidentin eines Kantons gewählt wird.

Oktober 1999: Die Grünen halten ihre neun Sitze. Wiederum schliesst sich der CSP-Nationalrat Hugo Fasel der Fraktion an, die somit 10 Mitglieder umfasst.

November 2000: Die erste Grüne Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer» gelangt zur Abstimmung. 46% der Stimmenden unterstützen die Initiative, in den lateinischen Kantonen wird die Initiative sogar angenommen!

Dezember 2000: Cécile Bühlmann kandidiert für den Bundesrat und macht im ersten Wahlgang das zweitbeste Resultat.

Dezember 2001: Über die Initiative «Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!» wird an der Urne abgestimmt. Sie wird mit 77,1% Nein - Stimmen verworfen.

Februar 2003: Die Grünen lancieren zusammen mit anderen Organisationen die Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft».

24. Mai 2003: Mit einem Fest im Hotel Theater National in Bern feiern die Grünen das 20-jährige Jubiläum ihrer Partei.

Frühling 2003: Die Grünen beteiligen sich an der Lancierung der Initiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“.

Sommer 2003: Im Vorfeld der Nationalratswahlen formieren sich in verschiedenen Kantonen junge Grüne, die sich im September 2003 auch national vernetzen.

September 2003: Die Initiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» wird mit über 100'000 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2003: Die Grünen sind massgeblich beteiligt am Zustandekommen des Referendums gegen das Steuerpaket. Das neue Steuergesetz sieht Begünstigungen für reiche Familien sowie HausbesitzerInnen vor. In Anbetracht der finanziellen Lage des Bundes ist es für die Grünen unverständlich, dass Steuergeschenke an Reiche verteilt werden.

Oktober 2003: Bei den nationalen Wahlen gewinnen die Grünen 4 Sitze dazu. Neben den 13 grünen Mitgliedern bilden Hugo Fasel von der Christlich-Sozialen Partei und Josef Lang, Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternative, die 15-köpfige Fraktion.

Am **20. März 2004** findet die erste Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz mit 70 TeilnehmerInnen aus allen vier Sprachregionen statt. (Alle Informationen zu den Jungen Grünen Schweiz unter www.jungegruene.ch).

16. Mai 2004: Die Steuerpaketvorlage wird vom Stimmvolk mit 65,9% abgelehnt. Auch ein Erfolg für die Grünen, die massgeblich zum Zustandekommen des Referendums beigetragen haben.

August 2004: Die Fraktion sisiert die Mitgliedschaft des grünen Nationalrats Martin Bäumle, der mit der Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener in Abspaltung zur Zürcher Kantonalpartei eine eigene Partei mit dem Namen Grünliberale Zürich gründet.

9. Dezember 2004: Die Initiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse,“ wird mit 113'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Grünen hatten die Initiative mitlanciert.

27. November 2005: Die Gentechnikfrei-Initiative, die die Grünen mitlanciert haben, wird mit 55,7% angenommen! Das ist ein grossartiger Erfolg und ein unmissverständliches Ja der Schweizer Bevölkerung zu einer gentechnikfreien Landwirtschaft mindestens für die nächsten fünf Jahre, während der das Moratorium wirkt.

Dezember 2005: Das neue Ausländergesetz und das revidierte Asylgesetz werden vom Parlament verabschiedet. Die Grünen haben sich immer gegen die beiden diskriminierenden und unmenschlichen Gesetze ausgesprochen und übernehmen im 2XNein-Komitee, das das Referendum gegen das Ausländergesetz lanciert und auch das Asylgesetz bekämpft, eine führende Rolle.

6. April 2006: Die beiden Referenden sind zu Stande gekommen! Die Grünen Schweiz, gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen, deponieren über 85'000 Unterschriften gegen das Ausländergesetz und über 120'000 Unterschriften gegen das Asylgesetz. Die beiden Referenden kommen am 24. September 2006 zur Abstimmung.

9. April 2006: Im Kanton Bern wird Bernhard Pulver, früherer Generalsekretär der GPS, zum Regierungsrat gewählt. Damit erhält nach Neuenburg und Genf auch der Kanton Bern eine rot-grüne Regierungsmehrheit.

Sommer 2006: Ende Juni hat ein breites Bündnis, dem auch die Grünen angehören, die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten lanciert. "Wir Grüne lehnen den Export von Kriegsmaterial ab, weil wir grundsätzlich gegen das Geschäft mit Krieg und letztlich mit Zerstörung und Tod sind", begründete unsere Präsidentin, Ruth Genner, das Engagement der Grünen.

Oktober 2006: Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die 5. IV-Revision. Wir sind nicht bereit, eine Revision anzunehmen, die den Druck und das Misstrauen gegenüber Menschen mit einer Behinderung erhöht.

Oktober 2006: In Genf findet der 2. Kongress der Europäischen Grünen Partei statt, an dem über 30 grüne Parteien aus ganz Europa das Dokument „Visionen für ein grünes Europa“ diskutieren und verabschieden.

27. Februar 2007: Die Jungen Grünen lancieren die Stopp-Offroad Initiative für eine menschenfreundliche und nachhaltige Mobilität.

Mai 2007: Mangels politischen Willens des Gesetzgebers effiziente Massnahmen gegen die Klimaerwärmung zu ergreifen, lancieren die Grünen mit anderen Organisationen die Klimainitiative, die eine 30% Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 verlangt.

Juni 2007: In den Kantonen Schwyz und Graubünden werden Grüne Parteien gegründet.

Juli 2007: Teilnahme an der Ausarbeitung und Lancierung der Landschaftsinitiative „Raum für Mensch und Natur“.

3. September 2007: Die Grünen unterstützen die Initiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“.

21. September 2007: Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wird bei der Bundeskanzlei mit 109'530 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2007: Grosser Sitzgewinn der Grünen bei den nationalen Parlamentswahlen. 9.6% der Stimmen, 20 Sitze im Nationalrat (+7) sowie zwei erste Sitze im Ständerat.

Anfang November 2007: Innert nur 5 Monaten kommt die Klimainitiative mit mehr als 120'000 Unterschriften zustande.

1. Dezember 2007: An der Delegiertenversammlung in Binningen BL beschliessen die Delegierten, dass die Grünen von nun an den grundsätzlichen Anspruch auf einen Bundesratssitz stellen. Die DV nominiert Ständerat Luc Recordon als Gegenkandidaten zu Christoph Blocher.

12. Dezember 2007: Die Gegenkandidatur der Grünen führt dazu, dass die andern Parteien gegen Christoph Blocher mobil machen. Die Grünen ziehen am Wahltag ihren Kandidaten zugunsten von Eveline Widmer-Schlumpf zurück. Christoph Blocher wird abgewählt, Widmer-Schlumpf als neue Bundesrätin gewählt.

19. Februar 2008: Die Klimainitiative wird bei der Bundeskanzlei eingereicht und gibt dem Schweizer Stimmvolk die Möglichkeit selber über die nationale Klimapolitik zu bestimmen.

26. April 2008: Nach sechs Jahren tritt Ruth Genner als Parteipräsidentin zurück. Als Nachfolger werden an der DV in Yverdon Ueli Leuenberger zum neuen Präsidenten, Franziska Teuscher und Aline Trede als Vizepräsidentinnen gewählt.

23. August 2008: Die Grünen Schweiz feiern in Biel ihr 25jähriges Jubiläum.

25. Oktober 2008: Die Grünen lancieren an einer Sonder-DV in Baden die Anti-Atom-Kampagne um neue Atomkraftwerke zu verhindern.

30. November 2008: In Aargau wird Susanne Hochuli in den Regierungsrat gewählt.

20. März 2009: Zusammen mit dem VCS und andern Organisationen lancieren die Grünen die Initiative „für den öffentlichen Verkehr“.

26. April 2009: In Neuenburg wird Fernand Cuche nicht mehr in die Kantonalregierung gewählt.

30. April 2009: Therese Frösch tritt als Fraktionschefin nach fast vierjähriger Amtszeit zurück. Nachfolgerin wird Maya Graf BL.

13. Juni 2009: An der Delegiertenversammlung in Solothurn wird die Alternative Kanton Zug Vollmitglied der Grünen. Damit sind alle alternativ-grünen Parteien Mitglied der Grünen Schweiz.

7. März 2009: In Nidwalden tritt Leo Odermatt aus der Kantonsregierung zurück.

19. September 2009: Die Delegiertenversammlung verabschiedet ein Mandat zur Überprüfung einer Volksinitiative für einen

ökologischen Umbau der Wirtschaft (Green New Deal).

30. März 2010: Die Grünen lancieren zusammen mit einem breiten Bündnis gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung das Referendum.

8. Mai 2010: Das bisherige Präsidium – Ueli Leuenberger, Präsident, und Franziska Teuscher und Aline Trede, Vize-Präsidentinnen – wird für eine weitere zweijährige Amtszeit von der Delegiertenversammlung bestätigt.

8. März 2011: Die Grünen lancieren die Initiative „für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“.

27. März 2011: In Baselland wird Isaac Reber in den Regierungsrat gewählt.

4. April 2011: In Zürich wird Martin Graf in den Regierungsrat gewählt.

17. Mai 2011: Die Grünen lancieren die Initiative „für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“.

23. Oktober 2011: In den eidgenössischen Wahlen verlieren die Grünen Schweiz 5 Nationalratssitze (es bleiben 15) und 1.2% ihres Wähleranteiles.

4. Dezember 2011: In Fribourg wird Marie Garnier den Staatsrat gewählt.

27. November 2011: Im Kanton Waadt wird Béatrice Métraux in den Staatsrat gewählt.

18. Februar 2012: Antonio Hodgers wird als grüner Fraktionspräsident bestätigt, nachdem er im Dezember 2010 die Nachfolge von Maya Graf angetreten hatte.

20. März 2012: Mit der Wahl Brigitta Michel Thenens ziehen die Grünen zum ersten Mal in den Schwyzer Kantonsrat ein.

21. April 2012: Regula Rytz und Adèle Thorens werden bei der DV in Carouge zur neuen Doppelspitze der Partei gewählt. Neben den beiden Co-Präsidentinnen werden Josef Lang, Bastien Girod, Robert Cramer und Irène Kälin von den Jungen Grünen neue Vize-PräsidentInnen.

17. Juni 2012: Im Kanton Zürich wird die von den Grünen lancierte Kulturlandinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen vom Stimmvolk angenommen.

6. September 2012: Die von den Grünen lancierte Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ wird mit rund 112'000 gültigen Unterschriften eingereicht.

16. November 2012: Die von den Grünen lancierte und von zahlreichen Parteien, Verbänden und Gruppierungen unterstützte Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“ wird eingereicht.

26. November 2012: Maya Graf wird als erste Grüne zur Präsidentin des Nationalrats gewählt.

04. März 2013: Aline Trede wird Nachfolgerin von Franziska Teuscher im Nationalrat

26. November 2013: Balthasar Glättli wird zum neuen Fraktionspräsident gewählt und Anne Mahrer übernimmt die Nachfolge von Antonio Hodgers im Nationalrat, nachdem dieser im zweiten Wahlgang in den Genfer Regierungsrat gewählt wurde.

Geschichte der Grünen im Parlament

Wahlen und Fraktionsbildung

Mitglieder der beiden eidgenössischen Räte mit gleicher Parteizugehörigkeit schliessen sich zu Fraktionen zusammen. Um eine Fraktion bilden zu können, sind mindestens fünf ParlamentarierInnen nötig. Stellt eine Gruppierung weniger Abgeordnete, bleiben diese fraktionslos oder schliessen sich einer Fraktion mit ähnlicher politischer Ausrichtung an. Die Fraktionszugehörigkeit ermöglicht den ParlamentarierInnen den Einsitz in den verschiedenen ständigen Kommissionen der beiden eidgenössischen Räte und damit eine vollumfängliche Beteiligung am Gesetzgebungsprozess.

Seit 1979 setzen sich Grüne ParlamentarierInnen im Nationalrat für eine ökologische, soziale und weltoffene Politik ein – für eine zukunftsfähige Schweiz. Die kleine Grüne Gruppe im Bundeshaus blieb vorerst fraktionslos. Nach den erfolgreichen Nationalratswahlen des Jahres 1987 konnte erstmals eine Grüne Fraktion gebildet werden. Nun hielten auch die Grünen Einzug in die ständigen Kommissionen des Nationalrates und konnten damit gleichberechtigt an der gesetzgeberischen Tätigkeit des eidgenössischen Parlamentes teilnehmen.

Die Wahlen 1991 brachten der Grünen Fraktion einen weiteren Zuwachs. Dank vier Sitzgewinnen umfasste die Fraktion neu 14 NationalrätInnen. Vier Jahre später verzeichneten die Grünen dagegen einen Einbruch. Auf Listen der Grünen Partei der Schweiz wurden acht NationalrätInnen wieder gewählt. Drei weitere Personen erklärten sich bereit, in der Grünen Fraktion mitzuarbeiten, womit die Fraktion wieder auf elf Mitglieder anwuchs. Die Grünen gingen mit der LdU-EVP-Fraktion eine (unverbindliche) Fraktionsverbindung ein, um bei der Verteilung der Kommissionssitze eine bessere Ausgangslage zu haben.

Die Grüne Partei konnte bei den **nationalen Wahlen von 1999** ihre bisherigen neun (8 Grüne Schweiz, 1 Grünes Bündnis Bern) Sitze halten. Durch die Mitarbeit einer weiteren Person, wuchs die Grüne Fraktion auf 10 Mitglieder an.

Bei den Wahlen 2003 wurden die Grünen als stärkste Nichtregierungspartei bestätigt und

konnten ihre Sitzanteile im Nationalrat um 4 Mandate vergrössern. Den bisherigen Stimmenanteil von 5% wurde bei den Wahlen 2003 auf 7,4% erhöht. Die Fraktion besteht somit aus dreizehn grünen NationalrätInnen (sieben Frauen, sechs Männer), sowie zwei weiteren Ratsmitgliedern. Dass den Grünen Gleichstellung schon immer selbstverständlich war, zeigt sich unter anderem auch darin, dass die Grüne Fraktion als einzige Fraktion im Parlament über eine Frauenmehrheit verfügte.

Oktober 2007: Die kontinuierliche Progression der Grünen in den Kantonen und den Gemeinden zwischen 2003 und 2007 wird bestätigt. Mit 9.6% der Stimmenanteile auf nationaler Ebene (wobei sie nur in 17 Kantonen zur Wahl antraten), haben die Grünen 20 Sitze im Nationalrat errungen (+7) und sind erstmals im Ständerat mit 2 Sitze vertreten. Aufgrund weiterer Zuzüge (je ein Vertreter der CSP und der PdA) setzt sich die grüne Fraktion für die Legislaturperiode 2007-2011 aus 24 Mitgliedern zusammen. Die Parität zwischen Frauen und Männern ist mit 10 Nationalrätinnen, im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, nicht ganz erreicht worden.

Bei den Wahlen 2011 verloren die Grünen 5 Sitze im Nationalrat, konnten aber die 2 Ständeratssitze halten. Durch den zusätzlichen Sitzverlust der Vertreter der CSP und der PdA schrumpfte die Fraktion schliesslich auf 17 Sitze. Auch der Frauenanteil wurde durch den Sitzverlust in Mitleidenschaft gezogen: Nur noch 6 Frauen sind in der Fraktion vertreten.

Politische Arbeit

Die Grüne Fraktion ist heute die grösste Nichtregierungsfraktion und die einzige links der Regierungskonkordanz. Sie beteiligt sich aber selbstverständlich bei vernünftigen Kompromissen mit dem offenen Teil der bürgerlichen Mehrheit. Das ist konstruktive Opposition. Insbesondere zu ökologischen Themen stellen die Grünen aber auch immer wieder radikale Fragen. Somit zeigen sich bei der Arbeit im Parlament verschiedene Konstellationen:

- Die Grünen gehören, zusammen mit der Sozialdemokratischen Fraktion, zum rotgrünen Viertel des Nationalrates. Dieser Viertel ist eine der häufigsten Koalitionen

bei den Abstimmungen im Rat. Leider keine mehrheitsfähige, aber eine, die Druck auf die Vorlagen macht und im Sinne der Grünen Verbesserungen erzielt.

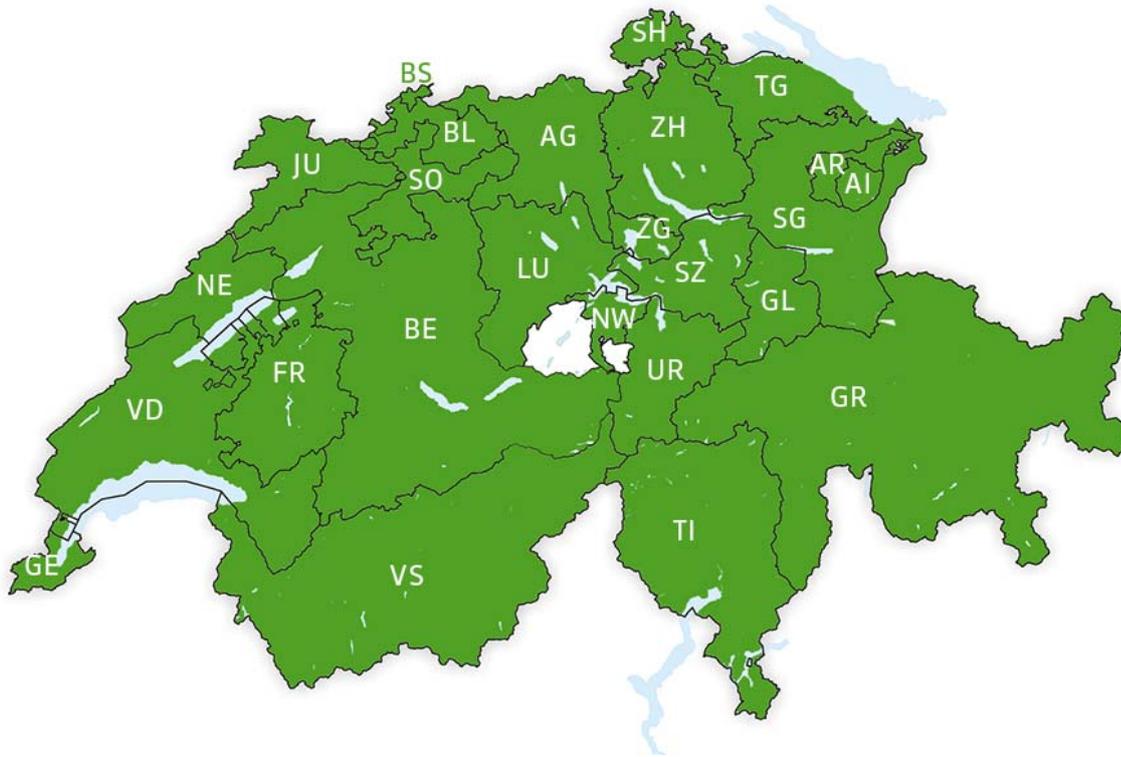
- Am zweithäufigsten ist die Grüne Fraktion Teil einer «Koalition der Vernunft», welche dank dem Zusammengehen dieses rotgrünen Viertels mit dem offeneren Teil der beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP mehrheitsfähig ist. In dieser Koalition sind die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und das Fortpflanzungsmedizingesetz sowie die Mutterschaftsversicherung mehrheitsfähig geworden. So konnte auch die neue Bundesverfassung durchgebracht werden. Es kommt also nicht selten vor, dass die Grünen als Oppositionspartei vernünftige

Entscheide der Regierungskoalition mittragen helfen.

- Es gibt auch die Variante, dass die Grünen praktisch allein gegen den Rest antreten, was bei radikalen ökologischen Anliegen der Fall ist: Zum Beispiel bei der Gen-Schutz-Initiative und bei der Kleinbauern-Initiative sowie bei der ökologischen Steuerreform. Bei solch grundsätzlichen und kompromisslosen Vorlagen stehen die Grünen oft als einzige Fraktion geschlossen da und werden lediglich von Teilen der SP unterstützt.

Die Grüne Fraktion im Nationalrat ist eine der aktivsten unter der Bundeshauskuppel. Gut 720 Vorstösse wurden in der Legislaturperiode 2007/2011 von Grünen Fraktionsmitgliedern eingereicht oder behandelt. Damit ist die Grüne Fraktion in allen Sachthemen präsent.

Kantonalparteien der Grünen



Mitglieder:

AG: *1983 Grüne Aargau, Beitritt 1988.

AR: *2005 Grünes Appenzellerland (GRAL), Beitritt 2011.

BE (1): *1983 Freie Liste Bern, Beitritt 1984, ab 1997 Grüne - Freie Liste (GFL).

BE (2): *1976 Demokratische Alternative Bern (DA!), Beitritt 1986, ab 1989 Grüne Partei - DA, 1990 Zusammenschluss mit POCH-Grünen zur Grünen Partei Bern, 1991 Bestätigung der Mitgliedschaft.

BE(3): *1987 Grünes Bündnis Bern, Beitritt 2002.

Grüne Kanton Bern *2006: Zusammenschluss der Grünen Freien Liste mit dem Grünen Bündnis Bern (auf kantonaler Ebene)

BL (1): *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz, Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselland, 1991 Zusammenschluss

mit Grünen Baselland und Grüner Liste Baselland zu Grüne Baselbiet, Beitritt 1991, Auflösung 2000.

BL (2): *1994 Freie Grüne Liste Baselland (FGL) als Abspaltung von den Grünen Baselbiet, Beitritt 1995.

BS (1): *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz, Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselstadt, 1988 Zusammenschluss mit Grüner Alternative zur Grünen Partei (GP/GAB), 1991 Zusammenschluss mit Grüne Mitte zur Grünen Partei Basel-Stadt, Beitritt 1991.

BS(2): *1995 Basels starke Alternative BastA!, Beitritt 2004

FR: *1985 Parti écologiste fribourgeois, Beitritt 1987, 1990 Zusammenschluss mit «Ecologie et Solidarité» zu «Grüne & Solidarität» (im Beobachterstatus),

Beitritt 1999. Seit Juni 2003 Grüne Freiburg, Les Verts fribourgeois.

GE: *1983 Parti écologiste genevois, Gründungsmitglied, ab 1994 Les Verts - Parti écologiste genevois.

GL: *1987 Glarner Umweltgruppen (GUG), Beitritt 1988, später Umbenennung in Grüne Glarus.

GR: *2007 Verda - Grünes Graubünden, Beitritt 2011.

JU: *1991 Mouvement écologiste jurassien, Beitritt 1993.

LU: *1987 Grünes Bündnis Luzern, Beitritt 1990, ab 2008 Grüne Luzern.

NE: *1971 Mouvement populaire pour l'environnement (MPE), Gründungsmitglied, ab 1984 Les Verts Ecologie et Liberté.

NW: *1982 Demokratisches Nidwalden (DN), Beitritt 2005; ab 2009 Grüne Nidwalden.

OW: *2008 Grüne Obwalden. Wird 2009 wieder aufgelöst.

SG: *1988 Grünes Bündnis St. Gallen, Beitritt 1991, ab 1993 Grüne Kanton St. Gallen. **SH (1):** *1991 Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (ÖBS) als Zusammenschluss zwischen Umweltforum Schaffhausen und Jungliberaler Bewegung Schaffhausen, Beitritt 1995.

SH (2): *1987 Grünes Bündnis Schaffhausen

SO: *1990 Grüne Kanton Solothurn, Beitritt 1993.

SZ: *1979 Kritisches Forum Ibach, ab 1983 Kritisches Forum Schwyz, Beitritt 1989, Umbenennung in Grüne Kanton Schwyz, Auflösung 1999. Juni 2007 Neugründung Grüne Schwyz. Vollmitglied bei der GPS seit 2012.

TG: *1983 Grüne Partei des Kantons Thurgau, Beitritt 1984.

TI (1): *1984 Movimento ecologista ticinese (MET - I Verdi), Beitritt 1985, Ausschluss 1991.

TI (2): *1990 Movimento dei verdi ticinesi (I Verdi Ticinesi), 1994 Zusammenschluss mit Svolta ecopolitica (SVEPO) und MET - I Verdi zu I Verdi, Beitritt 1994.

VD: *1973 Mouvement pour l'environnement vaudois (MPE), ab 1974 Groupement pour la protection de l'environnement (GPE), Gründungsmitglied, 1997 Zusammenschluss mit ASV - Les Verts alternatifs zu Les Verts - Mouvement écologiste vaudois und Bestätigung der Mitgliedschaft bei den Grünen Schweiz.

VS: Parti écologiste valaisan, Beitritt 2004.

ZH: *1978 Grüne Partei des Kantons Zürich (GPZ), Gründungsmitglied, ab 1994 Grüne Kanton Zürich.

UR: *1994 Grüne Bewegung Uri, Beitritt 2008 als Grüne Uri.

ZG: *2005 Alternative Kanton Zug, Beitritt 2009. (**Gründungsjahr*)

